Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig, Postscheckamt, Nr. 20613.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst vierteljährlich Bringerlohn monatlich 1.00 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 3.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 3.60. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 35 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 253. | Dresden, Dienstag den 30. Oktober 1917. | 28. Jahrg.

Udine genommen

Der Vormarsch zum Tagliamento — Stauung des italienischen Rückzuges — Der Vorstoß aus Kärnten

wtb. Amtlich. Großes Hauptquartier, den 29. Oktober 1917.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht:

In Flandern war die Artillerietätigkeit im Abschnitt Dixmude bei den Unterbrechungen lebhaft.

Zwischen dem Houthoulster Walde und dem Kanal Comines—Ypern erreichte der Feuerkampf gestern zeitweilig große Stärke. Er ist auch heute heftig und hat sich heute morgen zum Trommelfeuer gesteigert.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz:

Westlich von Craye am Chemin des Dames faßten die Franzosen gegen Abend ihr Feuer zu kräftiger Wirkung zusammen. Nach vorhergehenden Nachlassen hat sich der Artilleriekampf seit Mitternacht wieder verstärkt.

Auch in den anderen Teilen der Bergfront war der Einsatz der Artillerien größer als in den letzten Tagen.

Auf dem rechten Maas-Ufer brachen bewährte Kampftruppen nach wirksamer Feuervorbereitung in die feindlichen Stellungen nordwestlich von Bezonvaux ein. Die in 1200 (zwölfhundert) Meter Breite eroberten Gräben wurden gegen (vier) bis in die Nacht wiederholte Angriffe starker französischer Kräfte gehalten. Mehr als 200 (zweihundert) Gefangene sind eingebracht worden. Der Feind hat schwere, blutige Verluste erlitten.

Bei den anderen Armeen riefen eigene und feindliche Erkundungsvorstöße mehrfach lebhafte Artillerietätigkeit hervor.

Auf dem

Oestlichen Kriegsschauplatz

und an der

Mazedonischen Front

keine größeren Kampfhandlungen.

Italienische Front.

Udine ist von den verbündeten Truppen der 14. Armee genommen! Der bisherige Sitz der italienischen Obersten Heeresleitung ist damit am 6. Tage der erfolgreichen Operation in unsere Hand gefallen.

Unaufhaltsam, keine Anstrengung achtend, drängen unsere Divisionen in der Ebene dem Laufe des Tagliamento zu.

An den wenigen Uebergängen des durch die Regengüsse hochangeschwollenen Flusses staut sich der Rückzug des geschlagenen feindlichen Heeres.

Die aus Kärnten vorgehenden Truppen haben auf der ganzen Front venetianischen Boden betreten und sind im Vorwärtsdrängen gegen den Oberlauf des Tagliamento.

Die Kanzlerkandidatur Hertling

Noch unentschiedene Krise — Verhandlungen mit den Parteiführern

Der Kaiser hat das Amt des Reichskanzlers dem preußischen Ministerpräsidenten Grafen v. Hertling angetragen, der schon beim Abgang des Herrn v. Bethmann-Hollweg als Nachfolger ausersehen war, aber aus Altersgründen als Nachfolger ausersehen war. Aus den bisher vorliegenden Nachrichten geht hervor, daß Graf Hertling sich jetzt grundsätzlich zur Uebernahme des Amtes bereit erklärt hat. Er scheint jedoch sein letztes Ja vorbehalten zu haben, um durch Besprechungen mit den Führern der Reichstagsparteien die erforderliche Sicherheit für die gedeihliche Führung der Reichsgeschäfte zu erhalten.

Die Mehrheitsparteien des Reichstages hatten in der vorigen Woche in ihrem Schreiben an den Chef des Kaiserlichen Zivilkabinetts Herrn v. Valentini den Wunsch ausgesprochen, daß der in Aussicht genommene Kanzlerkandidat sich zunächst mit ihnen in Verbindung setzen möge, um die Möglichkeit gemeinsamer Arbeit zu prüfen. Diesem Verlangen entspricht jetzt der Kaiser sowie Graf Hertling. Das ist ein bedeutsamer Vorgang. Es wird die Mitwirkung des Reichstags bei der Bildung der Regierung anerkannt und zur Anwendung gebracht. Der Kanzlerkandidat muß sich, bevor er das Amt antritt, vergewissern, ob er im Reichstag das erforderliche Rückhaltes sicher ist oder nicht. Auf diese Weise ist von vornherein eine feste Grundlage für die Führung der Reichsangelegenheiten gewonnen werden. Ein Kanzler, der ohne solche Grundlage an seine Tätigkeit gehen wollte, würde Gefahr laufen, alsbald in Konflikte mit der Volksvertretung zu geraten, und neue Krisen zum Schaden des Landes wären die unausbleibliche Folge. Eine Reichsleitung, die sich nicht auf eine sichere Mehrheit des Reichstags stützt und mit ihr gemeinsam ein fest umrissenes Programm der äußeren und der inneren Politik durchzuführen gewillt ist, kann keinen Bestand haben und nichts Gedeihliches in den jetzigen ernsten Zeiten vollbringen.

Wird aber Graf Hertling zur Verständigung mit den Mehrheitsparteien des Reichstages gelangen können? Es braucht nicht bestritten zu werden, daß Graf Hertling eine befähigte Persönlichkeit ist. Es kann aber ebensowenig behauptet werden, daß er der Mann ist, der den großen Anforderungen der gegenwärtigen Schicksalsstunden entspricht, auf den das deutsche Volk wartet als auf einen Führer aus dem Chaos in eine neue Zeit.

Graf Hertling ist aus seiner früheren parlamentarischen Tätigkeit bekannt als Führer des aristokratisch-konservativen Flügels der Zentrumspartei. Er hat im Reichstag für seine Partei oft in Fragen der auswärtigen Politik gesprochen. Er zeigte dabei zwar keine starke Selbständigkeit der Anschauungen, verriet, aber doch nicht geringe Kenntnisse und diplomatische Auffassungsgabe gezeigt. Von alldeutschen Ausschreitungen hat er sich früher schon ferngehalten, wie er auch in der Kriegszeit dem Ministerpräsident von Bayern sich in Uebereinstimmung mit Bethmann-Hollweg hielt. Noch in der letzten Rede, die er im Reichstag jüngst in der Abgeordnetenkammer hielt, sprach er sich gegen den Eroberungsfrieden aus, der nur die Quelle neuer übergerischer Verwicklungen sein würde, und er forderte einen Frieden, der „einen auf gegenseitiger Achtung und gegenseitigem Vertrauen beruhenden Wettbewerb der Völker Europas Schätzen für Kultur und Menschheit in sich enthält". Hertling hielt aus Ueberzeugung auf dem Boden der deutschen Friedensnote an den Papst, und es ist wohl anzunehmen, daß in der Friedensfrage eine Verständigung zwischen ihm und den Mehrheitsparteien des Reichstags möglich ist.

Anders jedoch steht es in den Fragen der inneren Politik. Hier ist er stets stark konservativ geneigt geblieben. Er billigte die Regierungsleitung in Bayern, um das von ihm verhängten Regierung Podewils verweigerte Verbot der Teilnahme von Eisenbahnbeamten an den Gewerkschaften durchzuführen. Er führte seitdem die Regierung in Bayern durchaus im Sinne der dort herrschenden, sehr rechts gerichteten Zentrumspolitik unter häufigen Konflikten mit den Liberalen und mit der Sozialdemokratie. In der erwähnten letzten Rede hat er sich über Neuorientierungsfragen äußerst behutsam und zurückhaltend ausgesprochen. Er betonte besonders lebhaft „die geschichtlichen und bewährten Grundlagen des Staates"; er sagte einen Gesetzentwurf über Veränderungen der Ersten Kammer und über die Wahlkreiseinteilung der Zweiten Kammer zu, aber ein frischer Geist der Neugestaltung war in all seinen Worten und Zusagen keineswegs zu verspüren. Daß es das oberste Gebot der Stunde ist, dem deutschen Volke, das so Gewaltiges ertragen hat und noch immer vor einer ungewissen und ungeheuer schweren Zeit steht, die ihm gebührenden staatsbürgerlichen Rechte rückhaltlos zu geben und eine großzügige soziale Volkspolitik zu treiben — das hat Graf Hertling offensichtlich noch nicht begriffen. Im besonderen hat Hertling sich noch vor kurzem gegen wichtige Beschlüsse des Verfassungsausschusses des Reichstags und gegen die bundesstaatliche Selbständigkeit von Elsaß-Lothringen ausgesprochen. So kommen wir zu dem Ergebnis, daß zwischen den Forderungen, die, wenn nicht von den Mehrheitsparteien als einer Gesamtheit, so doch von großen Gruppen der Mehrheitsparteien als unbedingt notwendig angesehen werden, und einer Politik, wie sie vermutlich Graf Hertling zu führen gesonnen ist, eine breite Kluft besteht. Graf Hertling würde keineswegs der klare und gute Ausdruck des Reichstagswillens sein.

Es verlautet nun, daß die Kandidatur Hertling gerade um deswillen vorgeschoben worden ist, weil die rechtsstehenden Kreise durch diesen Kanzler eine Neugruppierung der Parteien und eine neue Mehrheitsbildung im Reichstage herbeizuführen bestrebt sind. Man glaubt, daß eine neue Mehrheit sich bilden könne, die nach rechts bis in die Reihen der Konservativen reicht, während die Sozialdemokratie ausgeschaltet werden könnte. Wir halten es jedoch bei der jetzigen Lage der Dinge für ausgeschlossen, daß das Reichstagszentrum sich auf ein solches Experiment einlassen wird, dessen Folgen ganz unabsehbar wären. Statt einer Befestigung der politischen Zustände würden neue, noch schwerere Krisen heraufbeschworen werden.

Eine besondere Schwierigkeit, die einer Regierung Hertling im Wege steht, liegt in der Regelung der Ministerpräsidentschaften für Preußen. Als Bayer ist Hertling kaum geeignet, den Kampf um die Wahlreform gegen die preußischen Junker so zu führen, wie es nötig ist. Es wird von der Absicht gesprochen, die Leitung in Preußen von der Reichsleitung zu trennen, wie es in früheren Zeiten wiederholt, aber jedesmal infolge übler Erfahrungen nur auf kurze Zeit versucht worden ist. Der bisherige Reichskanzler Dr. Michaelis und einzelne preußische Minister, u. a. Drews, werden als Anwärter für das preußische Ministerpräsidium genannt. Es muß aber vor dem Beschreiten dieses Weges aufs Dringendste gewarnt werden. Die Trennung der beiden Aemter würde sehr bald zu den größten Schwierigkeiten führen. Der Reichskanzler bedarf für die Durchführung seiner Politik im Reiche der festen Grundlage im preußischen Ministerium, und andrerseits würde die Herrichtung der abgesonderten preußischen Leitung lediglich den Junkern Vorschub leisten. Die innere Neugestaltung in Preußen ist im höchsten Maße eine Reichsangelegenheit und Reichsnotwendigkeit. Darum müssen die Zügel dort wie hier in ein und derselben festen Hand vereint sein.

•

Die Besprechung mit den Parteiführern.

Graf Hertling hat nach der Vossischen Zeitung die Besprechungen mit den Parteiführern am Montag noch nicht beendet. Er wird im Laufe des heutigen Tages, nachdem er gestern mit dem Grafen Westarp, einem Vertreter der Sozialdemokratie, Herrn Erzberger, dem fortschrittlichen Abgeordneten Haußmann Rücksprache genommen hat, noch die Abgeordneten Trimborn, Dr. Stresemann und Fischbeck empfangen. Daß er vor diesen Besprechungen eine Entscheidung treffen wird, ist vollkommen ausgeschlossen.

Wie der Berliner Korrespondent der Frankfurter Zeitung zuverlässig zu wissen angibt, wird Graf Hertling das Kanzleramt nicht eher annehmen, als bis er weiß, daß eine Mehrheit mit einem in großen Zügen vereinbarten Programm zur Zusammenarbeit mit ihm vorhanden ist. Er verhält sich also durchaus so, wie es sich die Mehrheitsparteien des Reichstags bei der Ernennung des neuen Kanzlers gedacht und gewünscht haben.

•

Beratungen der Mehrheitsparteien.

Nach einer Meldung des Berl. Tagebl. haben sich am Montag abend die Vertreter der Mehrheitsparteien zu einer Besprechung zusammengefunden, um zu der Kandidatur des Grafen Hertling Stellung zu nehmen. Bestimmte Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Immerhin haben die Sozialdemokratie und die Fortschrittliche Volkspartei ihre Einwendungen gegen die Kandidatur des Grafen Hertling nicht verhehlt. In parlamentarischen Kreisen glaubt man nicht an ein Auseinanderfallen der Arbeitsgemeinschaft der Mehrheitsparteien, da alle diese Parteien von der Notwendigkeit liberaler Reformen viel zu sehr überzeugt sind. Man glaubt auch einstweilen nicht, daß es das Zentrum zu einer Sprengung der Mehrheit bringen würde.

• • •

Graf Brockdorff-Rantzau.

Aus Kopenhagen wird vom 29. Oktober gemeldet: Der hiesige deutsche Gesandte Graf Brockdorff-Rantzau ist vormittags nach Berlin abgereist.

Ob diese Reise des Gesandten mit der deutschen Kanzlerkrise in Verbindung steht, können wir nicht beurteilen. Der Name Rantzau ist schon bei dem Abgang des Staatssekretärs des Auswärtigen Zimmermann genannt worden. Er gilt als eine sehr befähigte und die Forderungen der Zeit verstehende Persönlichkeit.

• • •

Preßstimmen zum Kanzlerwechsel.

Das Berliner Tageblatt berichtet, daß bei den gestrigen Besprechungen des Grafen Hertling mit den Führern der Reichstagsfraktionen die Frage erörtert wurde, welche Unterstützung Graf Hertling im Falle seiner Uebernahme des Reichskanzlerpostens bei den Parteien des Reichstages finden wird. Die Vertreter der Linken haben ihm mit aller Offenheit die Bedenken vorgetragen, die gegen seine Kandidatur bestehen, und Graf Hertling dürfte zweifellos den Eindruck empfangen haben, daß auch außerhalb der Sozialdemokratie und der Fortschrittlichen Volkspartei seine Kandidatur vielfach nur mit starker Zurückhaltung aufgenommen wird. Sollte Graf Hertling, der bei seiner schwankenden Gesundheit die schwere Last des Kanzleramtes nicht erlehnt und nicht erstrebt hat, zu der Ansicht gelangen, daß eine Verständigung zwischen den Parteien und ihm auch in den weiteren Verhandlungen nicht zu erzielen ist, so würde er, wie vermutet wird, auf die Uebernahme der Kanzlerschaft verzichten.

•

Die Vossische Zeitung führt aus: „Die Schwierigkeit seiner (Hertlings) Lage besteht in der Hauptsache darin, daß ihm überhaupt nur der Posten des Reichskanzlers, nicht aber der des preußischen Ministerpräsidenten angeboten worden ist. Es scheint sogar, als ob die Entlassung des Herrn Dr. Michaelis nur aus dem Posten des Reichskanzlers erfolgt ist, während über seine fernere Tätigkeit als preußischer Ministerpräsident mindestens noch keine Entscheidung gefallen ist. Es besteht also vermutlich die Absicht, den bisherigen Reichskanzler als preußischen Ministerpräsidenten weiter amtieren zu lassen.

In den heutigen Besprechungen mit den Parteiführern dürfte es dem Grafen Hertling wohl klar geworden sein, daß die Trennung der beiden Aemter den Beifall der meisten Parteien kaum finden wird. . . . Die Mehrheit ist der Ansicht, daß das preußische Wahlrecht

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19171030/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG